

NACHRICHTEN

Gericht: Abfuhr für Novartis

NEW YORK sda. Novartis bleibt in den USA unter Korruptionsverdacht: Eine Bundesrichterin hat es abgelehnt, einen Rechtsstreit mit dem Konzern und den Bundesbehörden wegen Schmiergeldzahlungen beizulegen. Die USA werfen dem Schweizer Pharmakonzern seit 2005 mitunter vor, mindestens 20 Apotheken durch Retrozessionen in Form von Rabatten und Preisnachlässen dazu verleitet zu haben, dass Tausende Nierentransplantations-Patienten zum Novartis-Medikament Myfortic wechselten. Novartis hat die Anschuldigungen bislang vehement zurückgewiesen.

Der Pilotenstreik eskaliert

WIEN sda. Das Management der österreichischen Airline (AUA) hat gestern die Verhandlungen um einen Konzernarbeitsvertrag für das Bordpersonal gestoppt: Laut Austrian Airlines wackelt damit das gesamte Investitionsprogramm der AUA-Mutter Lufthansa in Höhe von bis zu einer Milliarde Euro für den Austausch der 20 Fokker-Flugzeuge und den Ausbau der Langstrecke. Die Lufthansa gab für die Investitionen unter der Bedingung grünes Licht, dass eine Arbeitsvertragseingung zu Stande kommt.

Amazon-Streik geht weiter

DÜSSELDORF sda. Im seit über einem Jahr andauernden Lohnstreik beim Versandhändler Amazon haben Mitarbeiter in Deutschland erneut ihre Arbeit niedergelegt: Die Gewerkschaft Verdi rief Beschäftigte in den Verteilzentren Bad Hersfeld und Leipzig für gestern und heute zu Streiks auf. In Bad Hersfeld versammelten sich daraufhin gestern Nachmittag gegen 150 Mitarbeiter zum Protest. In Leipzig streikten gestern rund 300 Mitarbeitende. Die Amazon-Gewerkschafter fordern vom US-Unternehmen höhere Löhne und tarifliche Regelungen, wie sie im Einzel- und Versandhandel üblich sind. Amazon nimmt aber die Logistikbranche als Massstab, in der weniger gezahlt wird.

11 600 Stellen sind in Gefahr

SIEMENS Der Chef des Technologiekonzerns konkretisiert seine Reorganisationspläne: 3 Prozent der Arbeitsplätze will er streichen, sagt Joe Kaeser. Nach Protesten relativiert er seine Aussage jedoch wieder.

ERNST MEIER
ernst.meier@luzernerzeitung.ch

Vor vier Wochen gab Siemens-Chef Joe Kaeser bekannt, dass er dem 360 000 Mitarbeiter zählenden Industriekonzern eine schlankere Struktur verpassen will. Dabei kündigte er an, dass die Einteilung in vier Sektoren aufgelöst und die Zahl der Divisionen von bisher 16 auf 9 reduziert wird. Nun äusserte sich Joe Kaeser zum ersten Mal über die personellen Folgen dieser Restrukturierung. «Von den Umbauplänen sind insgesamt rund 11 600 Arbeitsplätze betroffen», sagte Kaeser am Donnerstag an einer Investorenkonferenz in New York. Damit schockte er über die Auffahrt Angestellte und Gewerkschaften in Deutschland.

«Aussage falsch ausgelegt»

Gestern hat Kaeser seine Aussage bereits wieder zu relativieren versucht. «Die Meldungen sind so nicht richtig, beziehungsweise völlig falsch ausgelegt», schrieb der Konzernchef in einem Mail an alle deutschen Mitarbeiter. Er habe in New York nur darauf hingewiesen, welche Stellen von den anstehenden und teilweise begonnenen Umbauten betroffen seien. «In diesem Zusammenhang hatte ich die genannten Zahlen erwähnt und ausdrücklich davon gesprochen, dass diese dann vorzugsweise in weiten Teilen anderweitig eingesetzt werden könnten», schrieb der Konzernchef weiter. Er sei nach seiner Rückkehr nach Deutschland von Meldungen zum Stellenabbau regelrecht überschüttet worden. «Diese Schlagzeilen schaffen Unruhe und machen mir Sorge und Ihnen sicherlich auch», schrieb Kaeser seinen Mitarbeitern. Er wende sich nun direkt an sie. «Erstens, weil ich dabei war und weiss, was in New York gesagt wurde und zweitens, weil ich möchte, dass Sie nie auf Drittinformationen angewiesen sind.» Deutsche Medien kritisierten Kaesers Aussage über einen Abbau von 11 600 Stellen als «schusseliges Geplauder, das stilllos überkam und unklug war».



Der eigene Chef sorgt mit seinen Aussagen zur Siemens-Neuorientierung bei den Mitarbeitenden – hier am Sitz in München – für Unruhe.
EPA/Matthias Schrader

Auch im Kanton Zug liess die Hiobsbotschaft aufhorchen: Siemens beschäftigt knapp 2100 Mitarbeiter, hauptsächlich in der Division Building Technologies (BT). Siemens ist damit der zweitgrösste private Arbeitgeber des Kantons. Nach Bekanntgabe des Konzernumbaus Anfang Mai erklärte Johannes Milde, Chef Siemens BT, gegenüber unserer Zeitung: «Die Gebäudetechnik bleibt nach der Reduktion der Sparten eine eigenständige Division.» Milde sieht die Neuorganisation als Gewinn für den Standort Zug. «Wir erhalten mehr Eigenständigkeit und können noch schneller agieren.» Zum möglichen Abbau von 11 600 Stellen erklärte Benno Estermann, Sprecher Siemens Schweiz, gestern: «Wir gehen davon aus, dass dies keine grossen Auswirkungen auf die Schweiz haben wird.» Neben der Aufwertung der hiesigen Divisionen gibt er als Grund dafür an, dass Siemens Schweiz bereits

sehr schlank aufgestellt sei und profitabel arbeite.

Vor zwei Jahren lancierte Siemens ein Restrukturierungsprogramm für die Schweiz. Damals verkündete man einen Abbau von 200 Stellen. «Dieser Prozess ist auf gutem Weg und fast abgeschlossen», erklärt Estermann. Für den Standort Zug kamen unter dem Strich sogar neue Stellen hinzu, weil man Arbeitsplätze von Volketswil verlegte.

Sparziel: 1 Milliarde Euro

Im August 2013 übernahm Joe Kaeser die Siemens-Führung. Mit dem geplanten Konzernumbau «Vision 2020» dreht er die Strukturformen seines Vorgängers Peter Löscher zurück: Er schafft die vier Grosssektoren Industrie, Energietechnik, Medizintechnik und Infrastruktur & Städte ab und gliedert Siemens in neun operative Einheiten. So will Kaeser die Kosten um rund eine Milliarde Euro senken.

Angebot für Alstom

ÜBERNAHME sda. Siemens will «spätestens» am 16. Juni ein Angebot für die Übernahme der Energietechniksparte von Alstom vorlegen. Voraussetzung sei die Gleichbehandlung gegenüber der Konkurrenz des US-Konzerns General Electric (GE) sowie ein ungehinderter Zugang zu den Unternehmensdaten. Dies sagte der Chef von Siemens Frankreich, Christophe de Maistre, am Dienstag während einer Anhörung im Wirtschaftsausschuss der französischen Nationalversammlung. Der US-Mischkonzern GE und Siemens haben Interesse an Teilen des Alstom-Konzerns.

Der optimale Wirtschafts- und Währungsraum

Die Europawahlen haben insgesamt wenig überrascht. Nur rund 150 Mitglieder des neuen Parlaments gelten als wirklich EU-kritisch. Vielleicht sind es in manchen Abstimmungen auch mal 200 oder 230, aber meilenweit entfernt von einer Mehrheit von 376 unter den 751 Mitgliedern. Der Grossteil unterstützt die EU-Politik, allzu viele profitieren von den Transferleistungen aus Brüssel: Das trifft sicherlich auf ganze Nationen wie Polen, Portugal und Belgien zu. Selbst das politikverdrossene Italien hat signalisiert, dass der grosse Teil der Bevölkerung am EU-Tropf hängen bleiben will, denn den Leuten ist klar, dass eine Rückkehr zur Lira, eine starke Abwertung mit hoher Inflation und volatilen Rahmenbedingungen keine Grundlage für einen hoffnungsvollen Wachstumstrend sein können.

Aber ein Ergebnis ist von ökonomischem Interesse: In Britannien (das «Gross» können wir seit langem weglassen) ist ein innenpolitisches Erdbeben erfolgt. Es scheint, dass die Bindung der wählerstärksten Bewegung zur EU ziemlich lose geworden ist. In einer Abstimmung soll das Volk sich spätestens 2017 nochmals für oder gegen die EU-Mitgliedschaft äussern. Ein Austritt könnte eine Dynamik mit neuen Perspektiven auch für die Schweiz auslösen. Man stelle sich vor, dass die wichtigsten und innovativsten Finanz-

plätze in Europa (London, Zürich, Genf) weder direkt noch indirekt von der EU reguliert würden. Eine Dynamik, die selbst dazu führen würde, dass die Schweizer Geldpolitik nicht im Wesentlichen bei der Europäischen Zentralbank gemacht würde.

Die Suche jeder Gesellschaft nach dem optimalen Wirtschafts- und Währungsraum gab es schon immer. Sie führte meist in faulen Kompromissen zu den heutigen Nationen und supranationalen Konstrukten. In Europa sind wir weit weg vom ursprünglichen Ziel eines optimalen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Währungsraums, und deshalb wird die Suche fortgesetzt. Der optimale Raum wird gewiss nicht von den gegenwärtigen Grenzlinien aus-

gehen. Vor 100 Jahren hat man sich in Europa verschiedene Föderationsgedanken gemacht, und diese tauchen gegenwärtig wieder stärker auf. Oder bleiben diese Gedanken alle nur Visionen? Es tut sicherlich gut, wenn wir beim Cervelatessen am 1. August in der Nähe eines Höhenfeuers für einmal den Blick statt auf 1291 auf 2091 richten: Der britische Inselstaat mit seiner eigenen Währung wäre vermutlich besser aufgehoben, wenn er ein enges Bündnis mit einer nordeuropäischen Staatenallianz zwischen Norwegen und Schweden, Dänemark, Island und Finnland einging. Das wäre eine globale Wirtschaftsmacht. Historisch betrachtet käme dies der Wiedergeburt einer vergrösserten Kalmarer Union gleich, die wesentlich geschlossener wäre als jedes künstliche Konstrukt einer Europäischen Union,

die manche bis ins türkische Ostanatolien wachsen wollen.

Nationen haben wohl Grenzen, die Subventionen und Transferleistungen innerhalb der heutigen Konstrukte aber lähmen den Leistungswillen und erscheinen grenzenlos. Mir hat kürzlich einer seine Perspektivenlosigkeit im Schwabenland geklagt: «Wir Stuttgarter füttern Berlin und Brandenburg durch, zahlen jahrzehntelang solidarisch für alle Ostbundesländer, obendrauf noch für die EU und damit für die Polen, Griechen und Südtaliener. Wo soll das hinführen?»

Mit einer Alpenföderation liesse sich eine Region in Mitteleuropa bilden, deren Bevölkerung in Gesinnung und Arbeitsethos sich nahe ist. Die Schweiz mit Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg und Tirol, der Lombardei und dem Südtirol sowie dem französischen Savoyen. Im Herzen Europas müssten wir doch von einem Staatenbund träumen können, der in Bildung investiert, den Wohlstand durch harte Arbeit mehr und eine besondere Anziehungskraft für Gleichgesinnte hätte. Als die auf Anhub fünfgrösste Wirtschaftsmacht und wohl innovativste und leistungsfähigste Unternehmerlandschaft der Welt würde man von Beginn weg ernst genommen. Die Schweiz als Teil einer Alpenföderation wäre selbstbewusst und stolz an den G5-Treffen dabei und müsste sich nicht vor sich hin treiben lassen, wie sie das

heute gegenüber der EU und den USA tut. Mit einem vergrösserten optimalen Wirtschafts- und Währungsraum wäre zudem gesichert, dass der «Zuwanderungsstress» sich auf eine grössere Fläche verteilen könnte. Südlich der Alpenföderation könnte eine mediterrane Föderation von der Iberischen Halbinsel über Rest-Italien und den slawischen Adria-raum sowie Griechenland mit mehr als 100 Millionen Einwohnern entstehen. Eine Region, die sich mit ihren Vorteilen als stolzer Produzent von touristischer Herrlichkeit, Bionahrung und Solarstrom aus dem heutigen EU-Subventionsumpf herauswirtschaften könnte.

Derartige Staatenbünde ohne horrende Transferleistungen von Portugal bis zur Ukraine hätten etwas Reizvolles. Die Solidarität würde nach wie vor spielen, aber in unmittelbarer Nähe und auf Verständnis für die entsprechenden Zahlungen aufbauend. Natürlich könnte sich die Schweiz auch weiterhin den Kanton Bern leisten, in einem erstarkten Staatenbund umso besser. Deshalb müssen auch die Schwachen daran interessiert sein, die Starken zu stärken – in ihrer Suche nach dem optimalen Wirtschafts- und Währungsraum.

HINWEIS

Maurice Pederghana (49) ist Professor für Banking und Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ).



AUSSICHTEN